

# ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief Sommer-EXTRA 2011

*Hier, liebe Leserinnen und Leser, kommt das angekündigte EXTRA mit Interviews bekannter Freunde. Ohne Fotos. Zurückbleiben müssen 2 Texte und die Präsentation eines neuen Buchs von Stephan Eisel. Der Stoff kommt aber so früh es geht im August.*

*Herzliche Grüße,  
Euer/Ihr Jürgen Wahl*

---

**Gespräch mit Botschafter a.D. Joachim Bitterlich, Helmut Kohls Berater in europapolitisch erfolgreichen Kanzlerjahren. Er arbeitet heute in der Leitung des Umweltkonzerns VEOLIA in Paris**

**ContraSalon:** Hat Helmut Kohl die Politische Union Europas versiebt oder fallen lassen?

**Joachim Bitterlich:** Helmut Kohl hat in den 90er Jahren die *Politische Union* - übrigens ein Begriff, den er selbst in die politische Diskussion eingebracht hatte - weder "versiebt" noch fallen gelassen! Im Gegenteil! Für ihn war die europäische Integration nie eine rein wirtschaftliche Zielsetzung. Vielmehr war es er, der die Phalanx derer angeführt hat, die die politische Verankerung und die Legitimität der Europäischen Union auf eine breitere Basis stellen wollen.

**Was** war damals damit gemeint? Über den Binnenmarkt und die zukünftige Wirtschafts- und Währungsunion hinaus - zum einen die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, zum anderen eine wesentliche Vertiefung der Einigung in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Verteidigung sowie Innen- und Justizpolitik. Wir haben damals eine ganze Reihe neuer Wege geöffnet beachtliche Fortschritte mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam erreicht, aber nicht in allen Bereichen in der Weise, wie wir das angestrebt hatten. Dies gilt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik. Wir hatten mit den Franzosen Vorschläge erarbeitet, die über das bis heute Erreichte hinausgingen. - Helmut Kohl hat mir damals oft gesagt, es sei aufgrund der Tradition der Nationalstaaten Geduld notwendig, Außen- und Sicherheitspolitik würden mehr Zeit brauchen und erst am Ende des Prozesses integriert werden.

**Heute** wird der Begriff *Politische Union* aus dem Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise heraus und notwendiger institutioneller Verbesserungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion gebraucht. Es ist verständlich und in der Sache richtig, dass auf der einen Seite die Konzertierung der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitiken wesentlich vertieft und auf der anderen Seite über einen Europäischen Währungsfonds oder einen EU-Finanzminister nachgedacht wird. In den 90er Jahren waren dies noch Tabus in der europäischen Debatte. Erinnern wir uns nur an unsere deutsche Reaktion auf die Vorstellung der Franzosen von einer "europäischen Wirtschaftsregierung" als eine Art "Gegengewicht" gegen die von uns durchgesetzte Unabhängigkeit der EZB !

**Für** manche bei uns war das eine "Kriegserklärung". Und die Franzosen gaben klein bei, auch wenn eine sachliche Diskussion der offenkundigen Schwäche der Wirtschafts- und Währungsunion unbedingt nötig gewesen wäre, wie die Ereignisse seit 2007 zeigten!

**Selbst** meine 2003/4 in die Diskussion eingeführte Anregung, einen "Delors II - Ausschuss" mit den Herren Delors, Tietmeyer und Ciampi zu bitten, geeignete Vorschläge für ein engeres Zusammenwirken in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu prüfen, wurde noch in Bausch und Bogen abgelehnt! All die Arbeiten und Überlegungen in Sachen Wirtschaft und Währung ändern aber nichts an der Tatsache, dass Fortschritte vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik überfällig sind, wenn Europa seine vitalen Interessen in einer veränderten Welt mit Erfolg verteidigen will.

**ContraSalon:** Wenn eine Minderheit zu Griechenland sagt, es helfe nur mehr und nicht weniger Europa, können denn Paris und Berlin dazu noch „liefern“? Sind sie weiter stark?

**Joachim Bitterlich:** Christophe Barbier, Redaktionsdirektor des französischen Wochenmagazins *L'Express*, fordert in seinem Leitkommentar zur Ausgabe vom 22. Juni "ein neues Europa, um die Krise zu besiegen" und er stellt lapidar fest: "Es sind Frankreich und Deutschland - da Frankreich den Willen dazu hat und Deutschland die Fähigkeit - die diesem Europa ein neues Regime auferlegen müssen." Dies ist der Erwartungshorizont gegenüber den beiden europäischen Kernländern und einem Europa, das sich nur mühsam unter dem Druck der drohenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu einem Minimum an notwendiger Reaktion und Aktion zusammenrauft. Ein Europa, das es im Lichte von Finanz- und Wirtschaftskrise allen Unkenrufen zum Trotz innerhalb von zwei Jahren immerhin geschafft hat, die Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion zu erweitern, um künftigen Krisen vorbeugen zu helfen.

Immer wieder machen Divergenzen, unterschiedliche Auffassungen und Perzeptionen zwischen Berlin und Paris die Runde. Jeder scheint mehr an seine nationalen Interessen zu denken als an das übergeordnete gemeinsame vitale europäische Interesse. Es rächt sich heute, dass diese Fragen zu lange ein Tabu bedeuteten, dass selbst eine unvoreingenommene sachliche Vorprüfung nicht möglich schien - und heute nur unter Druck. Die Kernfrage ist indes, ob sich beide Länder ihrer besonderen Verantwortung für Europa bewusst und auch bereit sind, über kurzfristige Schritte hinaus, die europäischen Interessen längerfristig abzusichern.

Die "Gretchenfrage" : Was müssten wir gemeinsam konkret tun, um im Lichte der Globalisierung unsere europäische Erfolgsgeschichte auf Dauer abzusichern - eine Erfolgsgeschichte der europäischen Integration, die wesentlich dazu beigetragen hat, Freiheit, Stabilität, Demokratie, Marktwirtschaft, wachsenden Wohlstand und soziale Sicherheit in Europa sicherzustellen. - Sind Paris und Berlin bereit, über ihre nationalen Schatten zu springen und ihren Partnern Vorschläge für ein weiterreichendes politisches Programm zu unterbreiten?

Beide Seiten stehen unter erheblichem nationalem, nicht gerade hilfreichen Druck, beide verfügen nicht über den pro-europäischen Reflex der Zeitperioden Giscard d'Estaing - Schmidt oder Kohl - Mitterrand, dennoch haben aber beide in den letzten Jahren immer wieder die Fähigkeit zumindest zum Kompromiss bewiesen. Beide haben heute eine historische Verantwortung und Chance, ihren Ländern und Europa den Kompass für das nächste Jahrzehnt wieder in die Hand zu geben. Europa wartet auf ein kraftvolles Signal.

**ContraSalon:** Es gab und gibt schöne Reden über das so genannte Weimarer Dreieck. Was könnten denn heute die drei Mächte konkret zur Stärkung Europas tun?

**Joachim Bitterlich:**Weimarer "Dreieck", wieso eigentlich Dreieck? Warum dieser diplomatische Kunstbegriff, fern geographischer Realität? Warum scheuen wir uns davor, einfach folgendes festzustellen: Frankreich, Deutschland und Polen bilden das Rückgrat der EU, gemeinsam verkörpern sie in besonderer Weise das "alte" und neue, das wiedervereinte Europa! Sie stehen für mehr als ein Drittel der EU-Bevölkerung. An ihnen zusammen kann eigentlich europäische Politik schlecht vorbeigehen. Oder? Führt man sich diese Grundlage vor Augen, muss die Frage erlaubt sein, warum die Politik bisher nicht mehr aus diesem Trio gemacht hat.

Geboren im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, mit einer "hidden agenda" vor allem von französischer Seite, was nicht unbedingt ein negatives Vorzeichen sein muss, zwischendurch nur sporadisch genutzt, fast vergessen - warum eigentlich? Haben die drei europäischen Kernländer nicht eine gewisse gemeinsame politische Verantwortung für das Gelingen der europäischen Integration? Wäre nicht gerade jetzt eine ideale Gelegenheit, dieses Trio wieder aufleben zu lassen in einer Zeit, in der sich die EU mitten in einem der schwierigsten und riskantesten "Stress tests" ihrer Geschichte befindet und dringend einen Kompass für die Zukunft braucht.

Sollten Paris, Berlin und Warschau nicht die Initiative ergreifen und ihren Partnern eine gemeinsame Vision, ein politisches Programm unterbreiten? Ich sage bewusst "Vision und politisches Programm", also in erster Linie Konzentration und Verpflichtung auf einige wenige, weitreichende Zielsetzungen, die unterstreichen sollten, dass die Europäer die zunehmende Kritik begriffen haben und sich ihrer Verantwortung stellen.

Den Kern nach innen könnten, ja sollten die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Aufbau einer gemeinsamen Energie- und Umweltpolitik bilden. In Sachen Wirtschaft und Währung waren die Europäer bislang konzentriert auf die Schaffung von Mechanismen zur Vermeidung erneuter krisenhafter Zuspitzungen.

Längerfristig sollte dies in eine klare Struktur münden mit einem Europäischen Währungsfonds und einem "EU-Finanzminister", auch die Regelung der Aussenvertretung. Sie muss auch die Weichen für weitere Kernelemente gemeinsamen Vorgehens stellen, vor allem in der Fiskal- und Sozialpolitik. Das andere innere Kernelement muss die Energie- und Umweltpolitik bilden. - Wollten wir denn nicht einen Energiemarkt schaffen? Was wir bisher erleben dürfen, ist im Blick Deutschland eher ein Trauerspiel. Viel besser sind auch die Partner nicht, auch sie setzen zu allererst auf die nationale Karte.

Nach aussen sollte ein solches kraftvolles Signal z.B. eine Strategie gegenüber den Nachbarn im Osten und Süden, im Verhältnis zu Nordamerika sowie zur "emerging world" in Asien und Lateinamerika umfassen. Nicht zu vergessen eine abgestimmte Entwicklungspolitik.

Europa muss unterstreichen, dass es zwar nicht mit nur einer Stimme spricht, aber endlich geschlossen vorgeht, um seine Interessen entschieden wahrzunehmen!

### **Interview mit Elmar Brok MdEP, außenpolitischer Koordinator der Europäischen Volkspartei, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes**

**ContraSalon:** Die Zustimmung für die EU sackt in Deutschland mit der Euro-Skepsis und ist schon unter 50%. Reicht da eine laute Anzeige der Wirtschaft zur Abwehr? Braucht die CDU nicht einen Sonderparteitag?

**Elmar BROK:** Nicht nur die Zustimmung zu der EU ist gesunken, sondern auch 64% der europäischen Bürger misstrauen laut Eurobarometer 2010 ihren nationalen Regierungen. Dies zeigt, dass insgesamt eine Ferne zwischen Politik und Bürgern herrscht. Schuld für die wachsende EU-Skepsis tragen in erster Linie die nationalen Regierungen. Es ist ein altes dummes Schwarzer-Peter-Spiel: Wenn die Sonne scheint, machen dies London und Berlin, und wenn es regnet, hat Brüssel die Schuld.

Die CDU/CSU trägt in der Nachfolge von Adenauer, Strauß und Kohl besondere Verantwortung. Wir müssen innerparteilich und öffentlich eine Diskussion erzwingen, in der wir Nutzen und Zweck der EU deutlich machen. Die EU-Kompetenzen - die keineswegs die nationalen Parlamente und Regierungen, welche die *Herren der Verträge* bleiben, in ihrer Souveränität bedrohen - müssen für den Bürger verständlich gemacht werden.

Ich war immer und bin weiter für eine Kosten-Nutzen Bilanz, die die Bundesregierung jedes Jahr dem Bundestag vorzulegen hat, um den unbegründeten Vorurteilen zu begegnen, dass die EU uns mehr kostet als nützt. – Es ist ja schlicht und einfach falsch und erfunden: Die EU kassiert von uns weniger als ein Drittel dessen, was die Bundeswehr kostet. Denn wir verdienen am EU-Binnenmarkt und haben im Schnitt 130 Milliarden Euro an Handelsbilanzüberschuss. Es muss klar werden, dass die Europäer nur gemeinsam die großen Herausforderungen in der dramatisch veränderten globalen Ordnung beantworten können. Der nächste CDU-Bundesparteitag sollte Zeit für eine wirklich umfangreiche Europadebatte finden.

**ContraSalon:** Die CSU läuft noch schneller als bisher von Europa weg und verleugnet sogar F.J.Strauß; wie lange hält noch die Gemeinsamkeit in der EVP-Fraktion?

**Elmar BROK:** Man muss unterscheiden zwischen dem CSU-Generalsekretär und der CSU als Teil der EVP-Fraktion im Europaparlament. Meine CSU-Kollegen in Straßburg

sind durchaus anderer Meinung als ihr Generalsekretär. Insofern sehe ich den Zusammenhalt der CDU/CSU-Gruppe oder der EVP nicht durch populistischen Unsinn gefährdet. Auch in der Münchner Staatsregierung und durch die Berliner CSU-Landesgruppe gibt es positive Unterstützung. Jedenfalls sollte in der CDU und in der CSU die wichtige Debatte nicht Europa-Skeptikern überlassen werden.

**ContraSalon:** Die Stärke der CDU in Sachen Europa kam am besten in ihren so genannten *Regionalkonferenzen* zum Ausdruck. Könnte man zu diesen nicht auch Sprecher aus der ganzen Euro-Zone einladen, also Christdemokraten aus zum Beispiel Luxemburg, Belgien, Frankreich, Holland oder Finnland?

**Elmar BROK:** So etwas wäre wahrlich sehr wichtig - als Mittel der Abstimmung mit unseren europäischen Partnern. Wir müssen der Europaskepsis europaweit entgegenreten. Außerdem sollten wir angesichts des Aufstiegs neuer Mächte wie China, Indien und Brasilien unser ökonomisches Gewicht als größte Wirtschaftsmacht der Welt gemeinsam mit unserem Partner USA nutzen, um unseren Einfluss auf die neue globale Ordnung zu bewahren und unseren Wohlstand, den Frieden und unsere Sicherheit auf Dauer zu sichern. FRANKREICH und EUROPA

### **Interview mit Professor Dr. Alfred Grosser. Grosser, geboren in Frankfurt, emigriert nach Frankreich, einer der geistigen Väter der deutsch-französischen Aussöhnung**

**ContraSalon:** Frankreich geht auf Wahlen zu, wie laufen sie ab?

**Alfred Grosser:** Im Frühling 2012 finden vier Wahlen statt. Zunächst für die Präsidentschaft - mit Stichwahl, da niemand am ersten Sonntag 50% der Stimmen erreichen kann. Dann kommen die Wahlen zur Assemblée Nationale. Man hat Wahlkreise mit Mehrheit-Gewählten (nötig 50% im ersten Wahlgang, daher meist Stichwahlen).

**ContraSalon:** Mancher sagt Sarkozys Ende voraus – realistisch?

**Alfred Grosser:** Es wird fast immer vergessen oder übersehen, dass Präsident Sarkozy durchaus wiedergewählt werden könnte, dann aber eine Links-Mehrheit in der Nationalversammlung beschert bekäme, was "cohabitation" bewirken würde. Was Jean-Louis Borloo jetzt noch in der UMP verschieben kann, ist noch unklar.

**ContraSalon:** Spannend! Doch was will die Linke in Europa?

**Alfred Grosser:** Welche Europa-Politik von ihr geplant und gemacht würde, ist heute mehr als ungewiss, denn es weiss noch niemand, wie die Europa-Politik der *Parti socialiste* aussehen könnte. Die Wahrscheinlichkeit ist in der Gegenwart, dass entweder **François Hollande** oder **Martine Aubry** als Kandidat (in) aus den "primaires" herauskommen. Beide sind moderate Europäer, die aber bis jetzt nie konkrete Vorschläge gemacht haben.

**ContraSalon:** Die deutsche SPD hofft auf Martine Aubry im Elysée.

**Alfred Grosser:** Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Sozialist Präsident wird, ist deshalb gering, weil die grünen Kandidaten und mehr noch der demagogische Politiker **Melançon** auf der Ultralinken genügend Stimmen auf Kosten des Sozialisten sammeln würden, um diese vielleicht auf Platz 3 (hinter Sarkozy und **Marine Le Pen**) zu verweisen. Wenn aber die Linkswähler Sarkozy weghaben wollen, müssten sie alle sozialistisch stimmen und Sarkozy könnte auf Platz 3 kommen und damit ausscheiden.

Ich möchte eine Historie einschieben: Das System des "Nur zwei Kandidaten in die Stichwahl" ist nämlich von der Weimarer Reichspräsidenten-Wahl von 1925 beeinflusst worden. Denn wäre damals der Kommunist **Thälmann** nicht „stehen“ geblieben, so hätte **Hindenburg** verloren und der „Zentrum“-Katholik **Marx** mit SPD-Unterstützung gewonnen.

**ContraSalon:** Breitet sich jetzt auch in Paris Unklarheit über Europa rascher aus?

**Alfred Grosser:** Um zu wissen, was sich in der Europapolitik im Elysée ändern würde, müsste man die heutige Politik von Sarkozy näher erkennen und dann beschreiben können. Wie die Kanzlerin will der Präsident den Euro retten und hat es sogar mit weniger Euroskepsis zu tun als **Merkel**. Die klare Stelle in **Schäubles** Bundestagsrede zu den katastrophalen Folgen für Deutschland bei einem Verschwinden des Euro ist hier in den

Medien noch nicht einmal wiedergegeben worden. - Wie Trichet möchte der Präsident eine Art europäische Wirtschaftsregierung. Doch ob er sich bei einer für Frankreich kritischen Entscheidung einer solchen unterwerfen würde, bleibe jetzt mal dahin gestellt.

### **Interview mit Herbert Reul Präsident des Industrie-Ausschusses des Europäischen Parlaments, CDU-Europaabgeordneter für das Bergische Land**

**ContraSalon:** Bis jetzt teilt kein EU-Land die Berliner Energiewende, wohin marschiert die EVP-Fraktion?

**Herbert REUL:** In der EVP-Fraktion gibt es eine Mehrheit von Kernenergiebefürwortern. Natürlich gibt es auch Mitglieder der Fraktion, die sich gegen die Kernenergie aussprechen und entsprechend abstimmen. Aber es sind deutlich weniger als in anderen Fraktionen. Die Sozialisten sind in dieser Frage stärker gespalten.

**ContraSalon:** Die Wiener Atom-Agentur sagt inzwischen selbst, sie müsse Macht ausüben statt nur Ratschläge geben zu dürfen. Wird sie dabei von Ihrem Ausschuss oder sogar vom Parlament unterstützt?

**Herbert REUL:** Wir müssen zwischen der Internationalen Atomenergiebehörde, einer UN-Behörde, und der viel kleineren Europäischen Union unterscheiden. Das Europäische Parlament ist in der IAEA nicht vertreten und hat damit auch keine Stimme. - Selbst auf EU-Ebene wird bei den in Rede stehenden Problemen das Parlament nur gehört, es entscheidet nicht gleichberechtigt mit dem Rat. Nach dem Unglück von Fukushima, das ausschließlich durch eine Tsunami-Welle verursacht wurde, hatten wir überparteilich eine Resolution vorbereitet, die auch strengere und EU-weite Sicherheitsstandards im KKW-Bereich fordern sollte. Letztlich ist diese Resolution aber am Widerstand der Grünen gescheitert - **weil diese Resolution nicht zu einem Ausstieg aus der Kernenergie aufrief.** Auch das beweist, dass in Brüssel/Straßburg andere Kräfte als in Berlin wirken.

**ContraSalon:** Deutschland stellt fast 50% der installierten Solaranlagen, Italien und Spanien als Sonnenländer stellen keine 10%. Soll die EU eingreifen? Wenn ja mit welchen Instrumenten?

**Herbert REUL:** Die EU-Kommission schaut sich derzeit die nationalen Fördersysteme für „erneuerbare“ Energien genau an. Wir müssen aufpassen, dass wir den freien Binnenmarkt nicht aushebeln, indem wir immer mehr Erzeugungskapazitäten aus ihm herausnehmen. Als Anschubfinanzierung für den Ausbau „erneuerbarer“ Energien war das deutsche EEG vielleicht hilfreich. Wenn aber künftig 50% des Stroms - oder gar mehr - mit Hilfe **subventionierter** „erneuerbarer“ Energien erzeugt werden soll, dann wird es kritisch. Abgesehen davon ist die rein nationale Förderung der so genannten „erneuerbaren“ Energien höchst ineffizient. Wieso nutzen wir nicht die Vielfalt, die uns die EU bietet?

### **Interview mit Rainer Wieland CDU-MdEP in Stuttgart, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vizepräsident der Europäischen Föderalisten**

**ContraSalon:** Sie sitzen in der Führung der kaum noch hörbaren europäischen Föderalisten, wieviel Reichweite haben Sie noch in den Völkern?

**Rainer Wieland:** Als Landesvorsitzender der Europa-Union Baden-Württemberg kann ich aus meiner persönlichen Erfahrung nur sagen, dass wir Europäischen Föderalisten gerade in dieser Zeit, in der Europa krisengeschüttelt daherkommt, hörbar die Stimme erheben, um für unser gemeinsames „Projekt Europa“ einzustehen. Nicht zuletzt steigende Mitgliedszahlen in der Europa-Union, insbesondere im Landesverband Baden-Württemberg und in unserem einzigen Auslandsverband Brüssel, zeugen vom gewachsenen Europa-Bewusstsein vieler Bürgerinnen und Bürger. Ich klebe nicht an Umfragezahlen. - Sicherlich ist die Überparteilichkeit der Europa-Union anziehend, wenn es um Europa geht. Parteiübergreifend arbeiten auch unsere Europa-Union-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag, die durch zahlreiche Initiativen Menschen für Europa zu gewinnen suchen. Aktuell macht uns überzeugten Europäern die anhaltend

negative mediale „Berichterstattung“ sehr zu schaffen. - - Gegen die spürbare egoistische Re-Nationalisierung unseres Kontinents verschaffen sich unsere Junioren, die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), Gehör. Die JEF-Aktionen an der deutsch-dänischen und an der deutsch-französischen Grenze gegen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und die Rücknahme des Schengen-Abkommens stießen in der Bevölkerung auf eine große positive Resonanz.

Darüber hinaus stehen auch die Repräsentanten aller pro-europäischen Parteien in der Verantwortung, ihre Flagge zu zeigen, damit deutlicher wird, das es auch in schwierigen Zeiten einen Grundkonsens bei der Europäischen Einigung gibt. Ein klares Bekenntnis zu Europa ist bereits in der Präambel unseres Grundgesetzes festgeschrieben worden.

**ContraSalon:** Ist eine Revitalisierung der Europäischen Bewegung mit Kräften aus dem östlichen Europa gescheitert?

**Rainer Wieland:** Mitnichten! Die JEF in Osteuropa belebt dort heute mit ihrem motivierten Einsatz für ein vereintes Europa unsere Bewegung heute. Gerade auf dem Balkan, dem "Pulverfass Europas", begeistert sich Europas Nachwuchs für Europa. Dabei müssen sich die Kämpfer für Europa, z. B. in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, mit vielen schwierigen Problemen auseinandersetzen. Vor allem korrupte Strukturen sowie die Zählebigkeit nationalistischer Tendenzen fordern heraus. Die JEF-Erfahrungsberichte öffnen uns "alt-eingesessenen Europäern" die Augen und zeigen, warum es sich für unser gemeinsames Europa zu kämpfen lohnt. Dennoch hat sich auch gezeigt, dass die Europa-Euphorie in manchen osteuropäischen Ländern nach der EU-Erweiterung nachgelassen hat. Die Menschen müssen durch viele Aktionen neu überzeugt werden.

**ContraSalon:** Warum befasst sich z. B. die Europa-Union Deutschlands nicht neu mit Grundsatzfragen und lieber mit Brüsseler Problemen?

**Rainer Wieland:** Die Europa-Union in Deutschland befasst sich stärker denn je mit Grundsatzfragen. Auf dem Bundeskongress in Erfurt im vergangenen Jahr wurde in mehreren Arbeitsgruppen über "Die europäische Idee im 21. Jahrhundert" und ein neues Grundsatzprogramm für die Europa-Union debattiert, wengleich das "Hertensteiner Programm" als Gründungsdokument aus dem Jahre 1946 gerade angesichts der jetzigen starken Europa-skepsis nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Auch im Leitantrag zur Landesversammlung der Europa-Union Baden-Württemberg wurde kürzlich die Programmdebatte thematisiert. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir über die Zukunft Europas im 21. Jahrhundert nachdenken - gerade in der Auseinandersetzung mit den aktuellen Brüsseler Problemen. Der Landesverband Baden-Württemberg sieht diese Debatte als große Chance, im neuen Dialog mit Verbänden und Organisationen die Zukunft Europas stärker zu würdigen. Im November soll das neue Grundsatzprogramm in Berlin präsentiert werden.

=====

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 324381 // e-mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)

**Deine / Ihre Spende deckt Kosten -**

**bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805**